

Fragen

für die Fragestunde der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. September 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	25, 26	Kluckert, Daniela (FDP)	18, 62
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 39	Konrad, Carina (FDP)	4, 5
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 53	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Brandner, Stephan (AfD)	12, 55	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	8, 14
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	33, 44	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	37, 38	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 66
Frömming, Götz, Dr. (AfD)	9, 10	Luksic, Oliver (FDP)	45, 54
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 64	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 63	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Herbrand, Markus (FDP)	19	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	13, 56
Herbst, Torsten (FDP)	42, 65	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 24
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	1, 2	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 59	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	34, 35	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	15, 61
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	27, 28	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Jung, Christian, Dr. (FDP)	67, 68	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 51
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 52	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	49, 50
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 70		
Klein-Schmenk, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	20

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

1. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Weswegen schreibt das Umweltbundesamt in Leistungsbeschreibungen vor, „durchgängig geschlechtergerechte Sprache“ zu verwenden (u. a. Leistungsbeschreibung Umweltbundesamt, UFO-PLAN 2020; Thema: „Wirkmechanismen von Regelungen und Förderinstrumente des Bundes und der Länder auf den Einsatz fester Biomasse in der Wärmeerzeugung“ vom 14. August 2020), und wer entscheidet, diese politischen Vorgaben zu tätigen?
2. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Welche Rolle spielen Waldflächen in privater und staatlicher Hand in der von der Bundesregierung geplanten nationalen Wasserstrategie?
3. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Stimmt die Bundesregierung der Aussage vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier zu, „dass die Bundesregierung beim Klimaschutz in den letzten Jahren auch Fehler gemacht und zu spät gehandelt hat und enormen Nachholbedarf hat“ sowie „viel Zeit verloren hat, ohne dass etwas Durchgreifendes geschehen ist“ (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/klimaschutz-peter-altmaier-raeumt-fehler-ein-a-a4879085-61d9-442c-80f8-82d2fdb840ab), und was waren für die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die größten Fehler in den letzten Jahren in Bezug auf die deutsche Klimapolitik?
4. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Wie definiert die Bundesregierung die im Referentenentwurf zur Änderung des § 1 Absatz 3 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes zu findenden „Böden, denen im Hinblick auf ihre Funktion als Lebensraum, als Bestandteil des Naturhaushalts, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, aufgrund ihrer Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel, oder wegen ihrer natürlichen Fruchtbarkeit eine besondere Bedeutung zukommt“?
5. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Wie definiert die Bundesregierung die unter Nummer 3 im Referentenentwurf zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes genannten „kleine[n] Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung“?

6. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ihrer Kenntnis nach bestätigen, dass die Notstromdieselaggregate der sechs Blöcke des ukrainischen Atomkraftwerks Zaporozhye als Teil des auch aus Mitteln von Euratom und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) finanzierten Complex Consolidated Safety Upgrade Program (vgl. www.ebrd.com/work-with-us/projects/psd/nuclear-power-plant-safety-upgrade-program.html) bereits im Dezember 2017 hätten repariert bzw. renoviert werden sollen (vgl. Ausschreibung der EBRD, [www.ebrd.com/cs/Satellite?c=Content&cid=1395277598152&pagename=EBRD%2FContent%2FContentLayout&rendermode=live%3Fsrchpg, Maßnahme 14404](http://www.ebrd.com/cs/Satellite?c=Content&cid=1395277598152&pagename=EBRD%2FContent%2FContentLayout&rendermode=live%3Fsrchpg,Ma%C3%9Fnahme%2014404) unter dem Maßnahmenkatalog zur Umsetzung des Programms, www.npp.zp.ua/sites/default/files/unmanaged/safety/upgrade/docs/KsPPB_p1.pdf, S. 160 und Beweis der Nichtumsetzung im Juni 2020, www.energoatom.com.ua/uploads/2020/SocInfro/NTR%20CCSU%202020_2-ua.pdf), und sind die Notstromdieselaggregate der sechs Blöcke nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell funktionsfähig (bitte ggf. unter Angabe der Gründe für die Verzögerung der Instandsetzungsarbeiten)?
7. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann sollen nach Kenntnis der Bundesregierung die verschiedenen Etappen der Inbetriebnahme des ersten Blocks des Atomkraftwerks Astrawez in Belarus jeweils stattfinden (bitte unter Angabe der entsprechenden Daten für die vollständige Beladung mit Brennstoff, den Netzanschluss und den Beginn des kommerziellen Betriebs, vgl. <https://world-nuclear-news.org/Articles/Fuel-loading-starts-at-Belarusian-NPP>), und welche genauen Auswirkungen haben die Proteste gegen Staatschef Alexander Lukaschenko auf die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks (bitte unter Angabe des Einflusses auf die Sicherheitsbedingungen und auf die planmäßige Abwicklung, vgl. www.tagesschau.de/ausland/demonstrationen-belarus-107.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

8. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welchen Nutzen wird die Bundesrepublik Deutschland aus der Experimentieranlage zur Erforschung der Kernfusionstechnik Wendelstein 7-X bei einem Kernkraftausstieg ziehen (www.ipp.mpg.de/wendelstein7x)?

9. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD) Welche Gründe gibt es dafür, dass die Mittel aus dem Digitalpakt nur langsam an die Schulen abfließen, und inwieweit stellt das Antragsverfahren bei der Mittelvergabe ein mögliches Hindernis für die Bundesländer dar?
10. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD) Welche Position vertritt die Bundesregierung zu der Frage, eine bundesweite Maskenpflicht im Unterricht bzw. im Schulgebäude und auf dem Schulgelände einzuführen?
11. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Initiativen plant die Bundesregierung, um die pandemiebedingten Lernrückstände von Schülerinnen und Schülern festzustellen und aufzuholen, wie dies in Baden-Württemberg mit den Lernbrücken geschieht (www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/lernbruecken-nachhilfe-in-soommerferien-startet-100.html)?
12. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek (CDU) zugibt, dass die Standortentscheidung für eine Batterie-forschungsfabrik in ihre Heimatregion Defizite hatte und sie Fehler gemacht habe, wie sie gegenüber der Presse geäußert hat (www.spiegel.de/wirtschaft/forschungsministerin-anja-karliczek-raeumt-fehler-im-standortverfahren-fuer-batteriefabrik-ein-a-665022c6-2ace-4262-83c9-f44a8059793e)?
13. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Welche konkreten Maßnahmen forciert die Bundesregierung derzeit im Bereich der Bildungspolitik, welche auf eine Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Bildung in den Ländern abzielt (vgl. aktuelle Umfragen, etwa in: Süddeutsche Zeitung vom 2. September 2020 – abrufbar unter <https://sueddeutsche.de/bildung/bildung-mehrheit-laut-umfrage-fuer-einheitlicheres-bildungssystem-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200902-99-399141>, zuletzt abgerufen am 3. September 2020)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

14. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Mittel werden derzeit durch die Entwicklungszusammenarbeit für die Republik Mali eingesetzt, und wie verhindert die Bundesregierung, dass Entwicklungshilfe und Bundeswehr eine antidemokratische Staatsführung stützen (<https://taz.de/Europas-Versagen-in-Mali/!5700145/>)?
15. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche Erfolge hat der Dachfonds Africa Grow, den die KfW Entwicklungsbank GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit der Allianz Global Investors im November 2019 gründete, um finanzielle Mittel für afrikanische Private Equity und Venture Capital-Fonds bereitzustellen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/16928, Antwort der Bundesregierung zu Frage 10), zehn Monate nach seiner Gründung vorzuweisen (beispielsweise bezüglich Tätigkeit von Investitionen, Anwerbung von Privatinvestoren bzw. zusätzlicher Investitionsmittel), und wie kam es nach Informationen der Bundesregierung zur Entscheidung, den Fondsmanager Allianz Global Investors die neu gegründete Tochtergesellschaft der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, DEG Impact, beratend zur Seite zu stellen (www.private-banking-magazin.de/seit-1-juli-operativ-taetig-deg-impact-will-beratungsmandate-uebernehmen/)?
16. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wurde nach Kenntnis der Bundesregierung mittlerweile das Angebot der Weltbank an die libanesische Regierung noch nicht abgeflossene Mittel aus dem Staudammprojekt im Bisri-Tal angesichts der aktuellen Krisensituation umzuwidmen, angenommen und damit das Staudammprojekt auf Eis gelegt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 58, Plenarprotokoll 19/155, S. 19287 CD), und an welche Reformbedingungen knüpft der Internationale Währungsfonds nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuellen Verhandlungen zu Finanzhilfen aufgrund der aktuellen Krisensituation (vgl. www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/wirtschaftskrise-im-libanon-iwf-will-helfen-fordert-aber-reformen-1029479367/)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

17. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann plant die Bundesregierung den auf Mitte 2020 angekündigten Bericht der Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit (s. Antwort auf meine Schriftliche Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 19/8180) vorzulegen, und welche Beteiligungsformate für den zivilgesellschaftlichen Dialog sind vorgesehen (bitte nach bereits erfolgten und noch geplanten Formaten aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Welcher Anteil der 50 Mrd. Euro des Zukunftspakets der Bundesregierung steht für den Bereich Künstliche Intelligenz zur Verfügung, und in welche 28 finanziell am höchsten geförderten Projekte und Einrichtungen sollen diese Fördermittel fließen (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/konjunkturpaket-geschnuert-1757558)?
19. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- In welchen Ländern wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) von Deutschland im Rahmen des AIA übermittelte Steuer- und Finanzdaten Ziel von Cyberangriffen (vgl. Bundestagsdrucksachen 19/22077, 19/17872), und wie hoch war für den letzten Meldezeitraum das Finanzvolumen, das Deutschland im Rahmen des AIA insgesamt an andere Staaten geliefert hat?

20. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hält die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf für ein Risikoreduzierungs-gesetz (BR-Drs. 434/20), angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Lebensversicherer aktuell stehen (www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/altersvorsorge-es-geht-um-die-zukunft-der-lebensversicherer-und-ihrer-kunden/22795332.html?ticket=ST-10730362-tmvfjbdXkvOSxye7eOeZ-ap6), weiterhin an dem Instrument einer freiwilligen Selbstverpflichtung fest, und welche zusätzlichen Finanzmittel hofft die Bundesregierung auf diesem Weg von den Lebensversicherungsunternehmen zum Schutz der Versicherten zu mobilisieren für den Fall, dass das Vermögen des Sicherungsfonds und nachgeordnete Maßnahmen in einem Sanierungsfall nicht ausreichen?
21. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verfolgt die Bundesregierung eine Bundesbeteiligung an kommunalen Altschulden gemäß des Ergebnisses der Regierungskommission zu gleichwertigen Lebensverhältnissen weiter, vor dem Hintergrund, dass sie sich im Rahmen des coronabedingten kommunalen Entlastungspakets nicht darauf verständigen konnte, und inwiefern ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sie mit den Gesetzen bzw. Gesetzentwürfen zur finanziellen Entlastung der Kommunen ausreichend dazu beitragen kann, dass auch gerade diejenigen Kommunen, die unter dem noch immer hohen Bestand an Liquiditätskrediten leiden, bei den laufenden kommunalen Kosten entlastet werden können, Kommunen zugleich im gewünschten Umfang investieren können und die Bundesregierung dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet gemäß Artikel 72 des Grundgesetzes näher kommen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

22. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass im Flüchtlingscamp Moria auf Lesbos der erste Corona-Fall registriert worden ist (siehe www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-erster-corona-fall-im-ueberfuellten-fluechtlingslager-morita-a-3c3e2774-1d84-4cd5-9572-c69cb408f635), und plant die Bundesregierung nun, zumindest besonders schutzbedürftige Geflüchtete wie behinderte, ältere und kranke Menschen unverzüglich aus den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln zu evakuieren und aufzunehmen?

23. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird sich die Bundesregierung angesichts dessen, dass in den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern nun der erste Corona-Fall aufgetreten ist (siehe www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-erster-corona-fall-im-ueberfuellte-n-fluechtlingslager-moria-a-3c3e2774-1d84-4cd5-9572-c69cb408f635), auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln umgehend evakuiert werden?
24. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand des angekündigten Berichts bzw. der Evaluierung über die Ergebnisse der Pilotphase der AnKER-Einrichtungen, wie er von der Bundesregierung in ihrer Vorbemerkung zur Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/4103, S. 3 angekündigt wurde, und bis wann wird dieser veröffentlicht, falls er noch nicht abgeschlossen vorliegen sollte?
25. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Anhand welcher konkreten Maßstäbe sollen Visastellen beurteilen, ob die Kosten für den Sprachnachweis im Rahmen der Härtefallregelung nach § 30 Absatz 1 Satz 3 Nummer 6 des Aufenthaltsgesetzes die Ausübung des Rechts auf Familienzusammenführung unmöglich machen oder übermäßig erschweren, wie es im Visumhandbuch im Kapitel „Nachweis einfacher Deutschkenntnisse beim Ehegattennachzug“ in Punkt 7.1 „Generelle Unzumutbarkeit von Sprachlernbemühungen“ heißt (bitte so konkret wie möglich ausführen), und inwieweit ist das Auswärtige Amt der Auffassung, dass diese im Visumhandbuch getroffene, meines Erachtens nur sehr allgemeine Aussage zu unzumutbaren Kosten den Anforderungen des Gesetzgebers entspricht, der in der Begründung zur Neuregelung der Härtefallregelung ausführte, dass die Bundesregierung „um weitere Konkretisierung durch Anwendungshinweise gebeten“ werde (vgl. Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD vom 12. Juni 2015, Ausschussdrucksache 18(4)344, S. 10), was nach meiner Auffassung mindestens die Klarstellung erfordert hätte, dass der Europäische Gerichtshof mit Urteil vom 9. Juli 2015 in der Rechtssache C-153/14 entschieden hat, dass im konkreten Fall die Kosten in Höhe von 460 Euro unverhältnismäßig hoch waren und gegen EU-Recht verstießen, wobei Sprachkurs-, Prüfungs- sowie entsprechende Reisekosten zu berücksichtigen sind (bitte ausführlich begründen)?

26. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie sollen sich betroffene jeminitische Staatsangehörige verhalten bzw. wie sollen inländische Behörden ihr Ermessen nach § 438 Absatz 1 der Zivilprozessordnung ausüben, wenn bis auf weiteres eine Legalisation jeminitischer Urkunden aufgrund der Schließung der Botschaft Sanaa und damit eine Überprüfung der Echtheit und Richtigkeit dieser Urkunden nicht möglich ist (vgl. <https://sanaa.diplo.de/ye-de/legislation-urkunden/1433396>), und in welchen Fallkonstellationen ist eine Legalisation jeminitischer Urkunden (eigentlich) erforderlich (Beispiel: Anerkennung von Heirats- oder Geburtsurkunden usw.)?
27. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Für wie viele der aus den griechischen Hotspots aufgenommenen bzw. noch aufzunehmenden 243 behandlungsbedürftigen Kinder bzw. ihre Angehörigen (bitte differenzieren) wurde zuvor ein Dublin-Ersuchen zur Übernahme durch Deutschland gestellt, und wie wurden diese Ersuchen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beschieden (bitte nach den genauen Rechtsgrundlagen der Dublin-Verordnung differenziert antworten)?
28. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Erfahrungen oder Zahlenangaben insbesondere der Bundespolizei gibt es zu der am 10. August 2020 in Kraft gesetzten Regelung zu Einreisen unverheirateter Partnerinnen und Partner aus so genannten Corona-Risikostaaen (beispielsweise zu der Frage, wie viele Betroffene einreisen konnten oder zurückgewiesen wurden, weil sie die geforderten Nachweise zu einem vorherigen Aufenthalt in Deutschland oder einem gemeinsamen Wohnsitz im Ausland nicht erbringen konnten), und welche Nachbesserungen hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen gegebenenfalls für erforderlich (bitte begründen)?
29. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang finden aktuell Abordnungen in der Bundespolizei zugunsten von Dienststellen in Bayern statt (bitte absolute Zahl nennen und diese nach Einsatzbereichen wie bspw. „Grenzsicherung“, „Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen“ und andere Bereiche differenzieren), und wie viele Bundespolizisten werden aktuell zusätzlich in den Fernverkehrszügen eingesetzt, um die Bahnbeschäftigten bei der Durchsetzung der Maskenpflicht zu unterstützen?

30. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von wie vielen Personen haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sicherheits- beziehungsweise Finanzbehörden des Bundes seit dem 1. Januar 2016 (gemäß § 22a Absatz 2 Satz 4 des Paßgesetzes – PaßG –, § 25 Absatz 2 Satz 4 des Personalausweisgesetzes – PAuswG –, § 34 Absatz 4, § 38 Absatz 5 des Bundesmeldegesetzes – BMG) Lichtbilder sowie (gemäß § 4 Absatz 3, § 22 Absatz 2 und 3 Satz 3 PaßG, § 5 Absatz 9, 17 Satz 3, § 24 f. PAuswG) Fingerabdrücke von Meldebehörden abgefragt (bitte möglichst nach Jahren, der Art von Daten und getrennt nach Sicherheits- und Finanzbehörden auflisten), und in welchem Umfang wurde seither geprüft, ob diese Abrufe zu außerdienstlichen Zwecken erfolgten, vor allem zur eigenen oder fremden Nutzung in rechtsextremen Kreisen (siehe dazu zum Hintergrund: https://de.wikipedia.org/wiki/NSU_2.09)?
31. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung angesichts der erneuten Bedrohung des inzwischen in Kanada lebenden ehemaligen saudischen Geheimdienstfunktionärs Saad Al Jabri durch den saudischen Geheimdienst über aktuelle Aktivitäten saudischer Dienste gegen Dissidenten aus Saudi-Arabien in Deutschland, und inwiefern hat sie den Schutz für diesen Personenkreis seit der Ermordung Jamal Khashoggis verstärkt (www.theglobeandmail.com/politics/article-former-saudi-intelligence-chief-faces-new-death-threat/)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

32. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche staatlichen Stellen meint die Bundesregierung, wenn sie über „staatliche Stellen“ in Russland als Drahtzieher für den Anschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny mit einem Nervengift der Nowitschok-Gruppe spricht (www.bild.de/politik/2020/politik/toxikologische-untersuchung-nawalny-wurde-mit-nowitschok-vergiftet-72704622.bild.html)?

33. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wurden nach Kenntnis der Bundesregierung auf das Rechtshilfeersuchen der russischen Generalstaatsanwaltschaft, das am 27. August 2020 an das Bundesamt für Justiz im Rahmen der Überprüfung in Sachen der Krankenhauseinlieferung von Alexej Nawalny gerichtet wurde, reagiert, und inwieweit wurden russische Behörden über die Untersuchungsergebnisse des Spezial-Labors der Bundeswehr, welches von der Charité – Universitätsmedizin Berlin zu einer toxikologischen Untersuchung veranlasst wurde, unterrichtet (z. B. angeben, wann unterrichtet wurde, Datum, welche russische Behörde wurde durch welche deutsche Behörde unterrichtet, welche Unterlagen wurden übermittelt), vor dem Hintergrund, dass dem Botschafter der Russischen Föderation bei dessen Unterrichtung durch die Bundesregierung am 2. September 2020 vermeintlich keine auf Fakten basierten Unterlagen übergeben wurden (<https://russische-botschaft.ru/de/2020/09/02/kommentar-der-russischen-botschaft-in-deutschland-vom-2-september-2020/>)?
34. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie hat die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) auf die Übermittlung der Ergebnisse der toxikologischen Untersuchung im Fall des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny reagiert (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklaerung-der-bundesregierung-im-fall-nawalny-1781790), und wie könnte nach Auffassung der Bundesregierung die OVCW zur Aufklärung der Ursache der Vergiftung Alexej Nawalyns beitragen?
35. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen kann die Bundesregierung über die Durchführung einer Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union (EU) bei den Präsidentschaftswahlen am 18. Oktober 2020 in Bolivien mitteilen, die ursprünglich für die Wahl am 3. Mai 2020 geplant war („Bolivia: European Union deploys an Election Observation Mission“, eeas.europa.eu, 20. Februar 2020), und wie reagiert nach Kenntnis der Bundesregierung die EU auf die durch den venezolanischen Außenminister Jorge Arreaza an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell ausgesprochene Einladung, eine entsprechende Wahlbeobachtungsmission zu den für den 6. Dezember 2020 geplanten Parlamentswahlen zu entsenden („Maduro lädt UNO und EU zur Wahlbeobachtung ein“, [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de), 3. September 2020)?

36. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Zustände in COVID-19-Lagern in Saudi-Arabien, in denen vor allem äthiopische Arbeitsmigranten nach Medienberichten unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt sind, und inwiefern kritisiert die Bundesregierung dies gegenüber der Regierung Saudi-Arabiens (www.telegraph.co.uk/global-health/climate-and-people/investigation-african-migrants-left-die-saudi-arabias-hellish/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

37. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- In welcher Höhe wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Gelder auf Konten aufgrund von verhängten Sanktionen gegen Syrien (seit 2012) und Russland (seit 2014) bzw. deren Staatsbürgern eingefroren (bitte nach Land und Geldsumme pro Jahr aufschlüsseln)?
38. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wird die Bundesregierung über den UN-Sicherheitsrat oder die Generalversammlung der Vereinten Nationen ein Gutachten gem. Artikel 96 der UN-Charta zu den US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 (gemäß Abschnitt 232 des „Countering America’s Adversaries Through Sanctions Act“) anfordern oder ist ihr bekannt, dass dies ein anderes Land beabsichtigt (www.heise.de/tp/features/Nord-Stream-2-und-die-US-Sanktionen-4852688.html)?
39. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Methanemissionen und den damit verbundenen Methan-Leckagen/Methanschlumpf-Effekten für die geplante Pipeline Nord Stream 2, und hält die Bundesregierung weiterhin an dem Bau der Pipeline fest?
40. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann der voraussichtliche Erdgasbedarf Deutschlands nach Kenntnis der Bundesregierung in den nächsten zehn Jahren auch ohne die Fertigstellung der Nord Stream 2 gedeckt werden, und was müsste ggf. alternativ unternommen werden?

41. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann entscheidet nach Kenntnis der Bundesregierung die EU-Kommission die beihilferechtliche Prüfung der Entschädigungen im Rahmen des Kohleausstieges, und welche Nachfragen hat die EU-Kommission ggf. im Rahmen dieser Überprüfung an die Bundesregierung gestellt?
42. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hat sich die Menge der im Freistaat Sachsen installierten Photovoltaik-Kapazitäten nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte installierte Leistung in Gigawatt angeben und nach Jahren aufschlüsseln), und welche Menge elektrischer Energie wurde nach Kenntnis der Bundesregierung im selben Zeitraum im Freistaat Sachsen durch Photovoltaik-Anlagen produziert bzw. ins Netz eingespeist (bitte in Terawattstunden angeben und ebenfalls nach Jahren aufschlüsseln)?
43. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung bislang noch keine Novelle der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) vorgelegt, damit auf dem sogenannten Pkw-Label beim Autokauf nicht mehr die über das NEFZ-Messverfahren, sondern die über das WLTP-Messverfahren ermittelten CO₂-Werte als Grundlage für die tatsächliche Kfz-Steuer angegeben werden müssen, obwohl die EU-Kommission bereits im Jahr 2017 empfohlen hatte, ab dem Jahr 2019 die über das WLTP-Messverfahren ermittelten CO₂-Werte anzugeben (Empfehlung [EU] 2017/948 der Kommission vom 31. Mai 2017), und wann wird die Bundesregierung eine entsprechende Novelle der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung vorlegen?
44. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Post-Shipment-Kontrollen (Vor-Ort-Kontrollen) bezüglich deutscher Rüstungsexporte hat es seit der Beantwortung meiner Schriftlichen Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 19/16423 gegeben, und kann die Bundesregierung inzwischen einen Zeitpunkt nennen, wann die nach der zweijährigen Pilotphase im Mai 2019 begonnene Evaluierung des Instruments beendet sein wird (Bundestagsdrucksache 19/16423, Schriftliche Frage 42)?

45. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ursachen netzbedingter Eingriffe in den Betrieb der saarländischen Kraftwerke (spannungs- und frequenzbedingten Redispatch inkl. Netzreserve, präventiv und kurativ) im Zeitraum von 2017 bis 2019 auf den unterschiedlichen Netzebenen gewesen (www.iwd.de/artikel/teure-engpaesse-im-stromnetz-397063/), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus in Bezug auf zukünftige netzbedingte Anforderungen der saarländischen Kraftwerke?
46. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und wo wird die Nutzung von erneuerbarem Strom hinter dem Netzengpass nach § 13 Absatz 6a des Energiewirtschaftsgesetzes künftig ermöglicht, obwohl der Verweis durch die Streichung des § 36c Absatz 1 im Referentenentwurf des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 nicht mehr zugeordnet ist?
47. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie plant die Bundesregierung zu verhindern, dass der aktuelle Kommunikationsschwerpunkt auf Wasserstoff (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200610-globale-fuehrungsrolle-bei-wasserstofftechnologien-sichern.html; www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/wasserstoffstrategie-kabinett-1758824) dringend notwendige Investitionen durch externe Investoren vom Stromnetz auf die Wasserstoffinfrastruktur abzieht und dann dadurch zwar eine Wasserstoffinfrastruktur, aber kein grüner Wasserstoff vorhanden sein könnte (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiewende-ausbau-des-stromnetzes-verteuert-sich-um-19-milliarden-euro/24066482.html?ticket=ST-10735208-pLT7SRade5eyegWb0Tud-ap6; www.energiate-messenger.de/news/193521/tennet-meldet-bedarf-fuer-extra-kapital-in-milliardenhohe-an)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

48. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Regelungen bestehen in der Bundesregierung bezüglich Prüfung von Rechtsverordnungen in rechtssystematischer bzw. rechtsförmlicher Hinsicht (sog. Rechtsprüfung), und wer ist in der Bundesregierung jeweils für deren Einhaltung verantwortlich?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

49. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie hoch waren im Jahresdurchschnitt 2019 und sind aktuell die absoluten Zahlen der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote (hilfsweise, soweit keine Angaben verfügbar: Erwerbslose/Erwerbslosenquote) jeweils insgesamt sowie bei Alleinerziehenden, und wie hoch war im Jahresdurchschnitt 2019 und ist aktuell die Zahl der Alleinerziehenden, die wegen der Betreuung ihrer Kinder und des Fehlens anderweitiger Betreuungsmöglichkeiten trotz Beschäftigungslosigkeit allein aufgrund mangelnder Verfügbarkeit im Sinne des § 130 Absatz 1 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) nicht arbeitslos sind?
50. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie hoch waren im Jahresdurchschnitt 2019 und sind aktuell die SGB-II-Leistungsquote insgesamt sowie bei Alleinerziehenden, die Anteile der Arbeitslosen im SGB-II-System an allen Arbeitslosen insgesamt sowie bei Alleinerziehenden, die Zahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren insgesamt, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren mit einem alleinerziehenden Elternteil sowie der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren mit einem alleinerziehenden Elternteil an allen Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren (falls Werte für alleinerziehende Elternteile teils nicht verfügbar, bitte stattdessen Werte für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren und einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten angeben)?
51. Abgeordnete
**Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie den Einsatz von mobilen Luftfiltern in Klassenräumen, wie es etwa der SPD-Abgeordnete Dr. Karl Lauterbach fordert (www.hasepost.de/lauterbach-fordert-luftfilteranlagen-fuer-jeden-klassenraum-209295/), und was plant die Bundesregierung diesbezüglich konkret zur Unterstützung der Länder und Schulträger?
52. Abgeordneter
**Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Welche Bundesministerien hatten welche Gesprächskontakte seit Januar 2020 (bitte unter Angabe des Datums und der Gesprächspartner bzw. Organisationen) im Zusammenhang mit dem geplanten Lieferkettengesetz, und inwieweit sind externe Kräfte (bspw. Anwaltskanzleien) in die Ausarbeitung eines Gesetzes involviert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

53. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der laut der Bundesministerin der Verteidigung „1.800 Interessenten“ haben aufgrund „fast 800 vereinbarter Bewerbungsgespräche“ inzwischen einen von geplant 1.000 Plätzen im sog. freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz fest zugesagt beziehungsweise vertraglich vereinbart (siehe dazu tagesschau.de vom 1. September 2020 – www.tagesschau.de/freiwilligendienst-105.html), und warum will die Bundesregierung diesen Freiwilligen monatlich rund 1.550 Euro Sold wie einem Soldaten-Rekruten – obwohl der Haushaltsgesetzgeber solche Ausgaben weder dem Grund noch der Höhe nach beschlossen hat – zahlen, während andere freiwillig Dienstleistende (Ökologisches beziehungsweise Soziales Jahr, Bundesfreiwilligendienst und Internationaler Jugendfreiwilligendienst) derzeit höchstens 350 bis 414 Euro „Taschengeld“ (www.jugendfreiwilligendienste.de/antworten-auf-haeufige-fragen.html) erhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

54. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie viele Fördermittel hat der Bund nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG) in den Dürre-Jahren 2018 bis 2020 dem Nichtstaatswald im Bundesland Saarland zur Verfügung gestellt, und wie viel dieser Mittel wurden abgerufen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Projekten angeben)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

55. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung eine Gefahr beziehungsweise eine Belastung für Kinder, die der Maskenpflicht an Schulen ausgesetzt sind, und inwieweit wurden die (negativen) Auswirkungen der Maskenpflicht an Schulen untersucht, bevor Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek auf die Nutzung von Masken an Schulen drängte (vgl. www.zeit.de/gesellschaft/schule/2020-08/corona-massnahmen-maskenpflicht-anja-karliczek-schulferien-ende)?
56. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Bundesministers für Gesundheit, Jens Spahn, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung des „Corona-Virus“ im Frühjahr 2020, insbesondere die Schließung von Einzelhandelsbetrieben und der Verhängung von Besuchsverboten in Pflegeeinrichtungen, „mit dem Wissen heute“ überzogen waren (vgl. Bild vom 2. September 2020 – abrufbar unter <https://bild.de/politik/inland/politik-inland/spahn-s-brutal-ehrlische-corona-bilanz-so-reagiert-die-wirtschaft-72692606.bild.html>, zuletzt abgerufen am 3. September 2020)?
57. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Expertinnen und Experten gehören der „Expertengruppe Influenza“, die der Bundesgesundheitsminister – nach meiner Kenntnis – im Zusammenhang mit der Pandemie erwähnt hat, an, und wie häufig hat diese Expertengruppe Stellungnahmen mit Bezug zur Corona-Pandemie abgegeben?
58. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Verfolgt die Bundesregierung mit der Finanzierung von 20.000 Stellen für Pflegehilfspersonal in stationären Pflegeeinrichtungen (Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege) eine Strategie, die sich am Gutachten von Prof. Dr. Heinz Rothgang zur Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen (§ 113c SGB XI) orientiert, und wann plant die Bundesregierung, ein Personalbemessungsinstrument für Pflegeeinrichtungen einzuführen?

59. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schwerpunkte setzt die Bundesregierung bei der von Frankreich und Deutschland in einem Non-Paper angestoßene Reform der Weltgesundheitsorganisation (www.nachrichten.btg/index.php/news/perma/ID/a4b9e69e37e9307687e86ef604eb2b0c/type/tnews/highlighting/1), und welche konkreten Maßnahmen sollen unternommen werden, um die allgemeine Gesundheitssituation in den Ländern zu verbessern?
60. Abgeordnete
Maria Klein-Schmenk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Folgen der Verschiebung des Inkrafttretens der neuen Heilmittelrichtlinie (vgl. www.g-ba.de/presse/pressemitteilungen/887/) für Therapeutinnen und Therapeuten im Hinblick auf die vorerst ausbleibenden bürokratischen Erleichterungen abzumildern, und wie wird die Bundesregierung für eine Kompensation der verspäteten Vergütungsverhandlungen für Heilmittelerbringerrinnen und Heilmittelerbringer aufgrund der sich aus dem späteren Inkrafttreten der neuen Heilmittelrichtlinie weiterhin ergebenden Verschiebung der neuen Rahmenverträge auf Bundesebene sorgen?
61. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung dem Beispiel Italiens zu folgen, das Ende Juli 2020 als erstes Land der Welt ein Dekret verabschiedet hat, wonach Pharmaunternehmen geheime Informationen über öffentliche Zuwendungen für Forschung und Entwicklung offenlegen müssen (siehe <https://healthpolicy-watch.news/76047-2/>), die sie für die Entwicklung eines neuen Medikaments erhalten haben, damit Verhandlungen des Privatsektors mit nationalen Behörden über Arzneimittelpreise transparent gestaltet werden können, und falls nein, wieso setzt sich die Bundesregierung nicht für mehr Transparenz ein, obwohl die Weltgesundheitsversammlung 2019 in einer Resolution für Transparenz der Preisgestaltung von Medikamenten für die Offenlegung der Preise auf dem Markt für Gesundheitsprodukte geworben hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

62. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP) Wie sollen nach Kenntnis der Bundesregierung die Denkfabrik, das Forschungs- und Entwicklungszentrum sowie der Praxiscampus unter dem Dach des neuen „Deutschen Zentrums Mobilität der Zukunft“ konkret ausgestaltet werden?
63. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Prüft die Bundesregierung, zu welchen Schritten die Mehrwertsteuersenkung in den ÖPNV-Unternehmen führt, und wenn sie dies nicht tut, wie will die Bundesregierung evaluieren, welche Auswirkungen die Mehrwertsteuersenkung in diesem Bereich hatte?
64. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Kann das Verbot lauter Güterzüge in Deutschland wie geplant zum Fahrbahnwechsel 2020/2021 in Kraft treten und durchgesetzt werden, oder bestehen weiterhin europarechtliche Bedenken seitens der Europäischen Kommission, ggf. sogar durch Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland (<https://railway-news.com/germany-not-making-the-right-noises-on-rail-freight/>)?
65. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP) Wie hat sich die Anzahl der Böschungsbrände entlang des Schienennetzes des Bundes nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, und wie viele dieser Brände sind durch Züge verursacht worden, insofern eine eindeutige Ursache ermittelt werden konnte (bitte jeweils nach Jahren aufschlüsseln)?
66. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Bundesländer haben bereits Reaktivierungsmaßnahmen auf DB-Strecken zur Finanzierung im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG-Bundesprogramm, GVFG = Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) angemeldet bzw. angekündigt, und um wie viele Bahnstrecken handelt es sich dabei (bitte nach Bundesländern getrennt darstellen)?

67. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Sind der Bundesregierung Probleme bei Direktzügen von Deutschland nach Italien aufgrund der unterschiedlichen Vorschriften zu Platzreservierungen und der maximalen Anzahl von Fahrgästen aufgrund der COVID-19-Pandemie – Italien hat hierzu strengere Auflagen als die Deutsche Bahn AG und die Österreichische Bundesbahn – bekannt, und wie viele Fahrgäste mussten nach Kenntnis der Bundesregierung nach der österreichischen Grenze trotz eines gebuchten Direktzuges den Zug aus Deutschland verlassen und auf anderem Weg oder in einem anderen Zug weiterfahren (Tagesschau, „Unterschätztes Risiko?“ vom 20. August 2020; abrufbar unter: www.tagesschau.de/investigativ/monitor/corona-bahn-105.html)?
68. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie viele 24-Stunden-Baustellen auf Bundesfernstraßen wurden 2020 nach Kenntnis der Bundesregierung im Vergleich zum Vorjahr 2019 eingerichtet, und bei wie vielen weiteren zukünftigen Baumaßnahmen wird nach Kenntnis der Bundesregierung geplant, 24-Stunden-Baustellen einzurichten?
69. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Millionen Euro barwertig bzw. wie viel Prozent beträgt laut abschließender Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Gesamtnutzenvorteil der ÖPP-Beschaffung zum ÖPP-Projekt A3 gegenüber der konventionellen Beschaffung über den Betrachtungszeitraum?
70. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch wen wurden die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für die ÖPP-Projekte des Bundes im Bereich der Bundesfernstraßen jeweils erstellt, und welche Kosten sind dem Bund hierdurch jeweils entstanden (bitte für alle ÖPP-Projekte getrennt ausweisen und tabellarisch darstellen)?

